

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, betont, daß atomwaffenfreie Zonen Risiken beschränken können; Wörner liegt falsch. Seite 1

Hans Iven nennt die Neuordnung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes verfassungswidrig: Ich breche das Schweigen. Seite 3

Heide Simonis MdB bemängelt Drohungen statt wirtschaftspolitischen Handelns: "Investitionsboykott". Seite 6

Dokumentation:

SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel zu den Thesen zur Friedenspolitik von Karl Friedrich von Weizsäcker: Unser oberstes Ziel ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Seite 7

38. Jahrgang / 32

16. Februar 1983

Wörner liegt falsch

Atomwaffenfreie Zonen können Risiken beschränken

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat auf der Münchner Wehrkundetagung atomwaffenfreie Zonen pauschal abgelehnt. Sein "Nein" zu atomwaffenfreien Zonen ist genauso undifferenziert wie das "Ja" in Teilen der Friedensbewegung.

Für uns Sozialdemokraten hat das Thema "atomwaffenfreie Zonen" einen guten Klang. Schon aus diesem Grunde erinnern wir uns gern an die Impulse, die der polnische Außenminister Rapacki mit seinen Vorschlägen für die europäische Diskussion über militärisch verdünnte Zonen in Europa gegeben hat.

Wir treten deshalb dafür ein, das Konzept atomwaffenfreier Zonen darauf hin zu überprüfen, welche Chancen es enthält und welche Risiken und Gefahren mit ihm möglicherweise verbunden sein können:

1. Die Verwirklichung des Vorschlages der Palme-Kommission könnte dazu führen, die Risiken eines auf Zentral-europa beschränkten Nuklearkrieges zu verringern. Er könnte auch die Verhandlungen über die Vereinbarung eines umfassenden Teststopp-Abkommens beschleunigen. Der Vorschlag der Palme-Kommission verdient politische Unterstützung.

Allerdings wäre die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa nach dem Vorschlag der Palme-Kommission noch keine ausreichende Garantie dagegen, daß Europa auch dann von den Folgen eines Nuklearkrieges betroffen wäre, wenn es zwischen den USA und der UdSSR zu einem Nuklearkrieg käme.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Zeitungsdruck
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



2. Weil ein längerer, mit modernen konventionellen Waffen geführter Krieg insbesondere für die beiden deutschen Staaten ähnliche Verwüstungen wie auch ein mit atomaren Waffen geführter Krieg anrichten würde, muß die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone von Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen begleitet sein, die die Wahrscheinlichkeit auch von konventionellen Kriegen in Europa verringern. Diese Bedingungen sind bei dem Vorschlag der Palme-Kommission für eine atomwaffenfreie Zone unmittelbar beiderseits der Grenze von NATO und Warschauer Pakt leichter zu erfüllen als bei der Forderung nach einem insgesamt atomwaffenfreien Europa.
3. Die Schaffung eines insgesamt atomwaffenfreien Europas ist für sich allein genommen keine ausreichende Garantie gegen kriegerische Auseinandersetzungen in Europa, die mit konventionellen Waffen ausgetragen werden könnten. Wenn nicht eine gleichzeitige Verringerung der konventionellen Bewaffnung in Europa und die Verringerung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen - zum Beispiel durch die Vereinbarung panzerfreier Zone - vorausginge, so könnte die Schaffung eines atomwaffenfreien Europa sogar die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte zwischen Ost und West in Europa erhöhen. Aus diesem Grunde muß die Vereinbarung von atomwaffenfreien Zonen in Europa von Regelungen begleitet werden, die das Risiko auch konventioneller Konflikte zwischen Ost und West nicht erhöhen, sondern verringern.
4. Solange es auf der Welt Nuklearwaffen gibt, besteht auch die Gefahr von Kriegen, in denen atomare Waffen verwendet werden. Auf Grund interkontinentaler Reichweite der Trägersysteme für atomare Waffen kann Europa auch dann Ziel atomarer Waffen bleiben, wenn in Europa selber keine atomaren Waffen mehr lagern. Aus diesem Grunde sind Garantien, insbesondere der beiden nuklearen Weltmächte, aber auch der beiden, die Sicherheitsordnung in Europa nach wie vor prägenden Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt für eine nuklearwaffenfreie Zone in Europa erforderlich.
5. Garantien der nuklearen Weltmächte und der NATO und des Warschauer Paktes gegen einen Einsatz von Atomwaffen in das Gebiet einer nuklearwaffenfreien Zone in Europa hinein, sind für Europa für sich allein genommen noch kein vollbefriedigender Schutz, solange der Macht- und Systemwettbewerb zwischen Ost und West und ihrer Führungsmächte UdSSR und USA sich auf Europa erstreckt und Europa teilt. Solange Europa noch vom Gegensatz zwischen Ost und West geprägt und geteilt bleibt, wird es von jedem Krieg zwischen Ost und West und insbesondere auch von jedem Einsatz von Nuklearwaffen der nuklearen Weltmächte gegeneinander betroffen sein. Aus diesem Grunde bleibt mit oder ohne atomwaffenfreie Zone Europas Hauptinteresse die Verhinderung jedes Krieges und insbesondere jedes Nuklearkrieges zwischen Ost und West. Dies ist eine Aufgabe, die primär nur politisch angepackt werden kann. Diesem Primat des Politischen vor dem Militärischen trägt die von den Sozialdemokraten unterstützte Konzeption der Sicherheitspartnerschaft Rechnung.

Auch wenn die Vereinbarung atomwaffenfreier Zonen nach dem Vorschlag der Palme-Kommission nicht alle Risiken eines Nuklearkrieges ausschalten kann und nicht alle Probleme für unsere Sicherheitspolitik löst, so sind mit der Realisierung dieses Vorschlages doch mehr Vorteile als Nachteile verbunden: Aus diesem Grunde bleiben wir Sozialdemokraten im Gegensatz zur jetzigen Bundesregierung bei unserer Unterstützung für diesen Vorschlag. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre bisher pauschal negative Haltung zu überprüfen und zu ändern.

(-/16.2.1983/bgy/ca)

+ + +



Ich breche das Schweigen

Die Neuordnung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes ist verfassungswidrig

Von Hans Iven

Das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes hat am 4. Februar 1983 die Zustimmung der unionsregierten Länder im Bundesrat gefunden. Es hat damit alle parlamentarischen Hürden genommen.

Als Bundesbeauftragter für den Zivildienst, der seit fast 13 Jahren verantwortlich in diesem Aufgabenfeld gearbeitet hat, habe ich bisher in der Öffentlichkeit zu dieser Neuordnung geschwiegen. Hiermit breche ich dieses Schweigen, weil ich meine, daß ich vor allem den jungen Menschen eine Stellungnahme schulde.

Es ist wahr, was Minister Dr. Geißler herausstellt, daß frühere Bundesregierungen mehrfach vergeblich versucht haben, eine Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes zu erreichen.

Ausgangspunkt dieser Reformbemühungen war die Erkenntnis, daß das Gewissen nicht prüfbar ist. Die Gewissensprüfung im Rahmen eines wie immer gearteten Anerkennungsverfahrens stellt den Antragsteller wie das Entscheidungsgremium vor eine an sich unlösbare Aufgabe. Wie will der junge Kriegsdienstverweigerer beweisbar dartun, daß es ihm bitter ernst ist mit seiner Entscheidung, daß man ihn in größte innere Not brächte, wenn man ihn zu den Waffen zwänge? Wie kann auf der anderen Seite jemand in einem mündlichen oder schriftlichen Anerkennungsverfahren Gewißheit darüber erlangen, daß diese vorgetragene innere Not wirklich vorliegt?

Diese von fast allen mit der Materie befaßten Institutionen und Personen geteilte Ansicht über ein Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer hat die SPD schon vor über zehn Jahren dazu bewogen, eine Abschaffung des Anerkennungsverfahrens anzustreben. Ihr Bemühen blieb letztlich deshalb erfolglos, weil die CDU/CSU nicht bereit war, einer Abschaffung des Anerkennungsverfahrens zuzustimmen. Erst nach ihrem Hamburger Parteitag 1981 deutete sich da bei der CDU eine Tendenzwende an. Die kleine Schwesterpartei CSU hielt dagegen an dem bisher von beiden Unionsparteien vertretenen Standpunkt fest. Hier liegt der Grund dafür, daß es der SPD nicht gelungen ist, das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer abzuschaffen. Ich meine, Minister Dr. Geißler hat deshalb keine Veranlassung, das Scheitern der SPD in die Schuhe zu schieben.

Was nunmehr die jetzige Bundesregierung zustande gebracht hat, entspricht auch nicht annähernd dem, was seit vielen Jahren von der SPD, den jungen Menschen und den Fachleuten gefordert wird: Abschaffung der Gewissensprüfung. Wäre es anders, hätte die CSU auch sicherlich nicht zugestimmt!

Minister Dr. Geißler hat dem Bundestag als Grund für sein rasches Handeln in Sachen Kriegsdienstverweigerung die "Tatsache" genannt, daß im Antragsstau von derzeit circa 100.000 bereits 10.000 Antragsteller über 28 Jahre wären, die sich damit erfolgreich jeglicher Dienstleistung entzogen hätten. Also um die Drückberegerei zu beenden, muß die Neuordnung rasch sein. Eine Falschmeldung, auf der dieses "Reformwerk" aufbaut! Denn kurz danach hat die Bundesregierung im Bundestag erklärt, daß die Bundeswehr jeden tauglichen und verfügbaren Wehrpflichtigen heranzieht, wenn er 27 Jahre alt wird, auch wenn noch ein Anerkennungsverfahren läuft. Die 10.000 über 28jährigen Kriegsdienstverweigerer sind damit nicht Ungediente, die sich mit ihrem Antrag auf besonders schlaue Weise jeder Dienstpflicht entzogen haben, sondern Gediente oder solche, die aus gesetzlich festgelegten Gründen (zum Beispiel mangelnde gesundheitliche Tauglichkeit) keinen Dienst zu leisten brauchen.

Auf einer Unwahrheit, die auch noch die Kriegsdienstverweigerer als Drückeberger diffamiert, baut also das "Reformwerk" der derzeitigen Koalition auf.

Obendrein erklärt Minister Dr. Geißler noch gegenüber der Presse, der Antragsstau käme daher, weil nicht genug Zivildienstplätze zur Verfügung stehen, obgleich seit Jahren - und das ist allen Interessierten längst bekannt - nur etwa Zweidrittel der vorhandenen Zivildienstplätze besetzt werden können.

Nicht viel besser als um die Gründe für die Reform steht es leider um ihre Inhalte.

Das Prüfungsverfahren sei abgeschafft, sagt Minister Dr. Heiner Geißler in der Presse. 99,9 Prozent aller Antragsteller würden anerkannt. Mit den Fachleuten, die der Bundestag am 8. Dezember 1982 angehört hat, kann ich dazu nur sagen, daß sich das aus dem Gesetz nicht ergibt. Im Übrigen wird es Minister Geißler nur schwerlich möglich sein, den "Gewissensvorsortierern" im Bundesamt zu befehlen, wann sie einen Antrag für nicht schlüssig zu halten haben oder gar, wann sie Zweifel an den Angaben der Antragsteller haben dürfen. Noch weniger ist es möglich, den weisungsunabhängigen Ausschüssen und Kammern eine entsprechende Anerkennungsquote aufzudrücken.

Ich glaube auch nicht, daß das gewollt ist. Vieles spricht dafür, daß vielmehr die Eindämmung der Zahl der Kriegsdienstverweigerer das eigentliche Ziel der "Reform" ist. Wie sonst wäre es zu verstehen, daß Minister Dr. Geißler in seinem persönlichen Brief an alle 32.000 Zivildienstleistenden vom 18. Januar 1983 erläutert, daß die Verlängerung des Zivildienstes in erster Linie die Wehrübungen ersetze. Außerdem sei sie ein Ausgleich für die längere wöchentliche Arbeitszeit und weitere sich aus dem militärischen Dienst ergebenden Belastungen der Soldaten. Kein Wort davon, daß die Wehrübungen durchschnittlich nur wenige Tage ausmachen und der Dienst in der Bundeswehr laut Bericht des Wehrbeauftragten vielfach von Wehrpflichtigen als langweiliger Gammeldienst empfunden wird, wogegen viele Zivildienstleistende zum Beispiel im Pflegedienst oft unter starker psychischer Belastung hart arbeiten müssen. Kein Wort mehr davon, daß man den Zivildienst entsprechend dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 verlängern wollte, weil der Zivildienst als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung ausgestaltet werden sollte.

Abgesehen davon ist es nach meinem Verständnis der Artikel 12 a Absatz 2 des Grundgesetzes und des einschlägigen Verfassungsgerichtsurteils vom 13. April 1978 auch nicht rechters, aus den von Minister Dr. Geißler angegebenen Gründen den Zivildienst gegenüber dem Wehrdienst um ein Drittel zu verlängern. Einzige Rechtfertigung wäre vielmehr die Abschaffung des Prüfungsverfahrens. Da aber das Verfahren - mit einigen Veränderungen - bleibt, der Zivildienst trotzdem verschärft und erheblich verlängert werden soll, halte ich diese "Reform" für verfassungswidrig. Hier wird das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung dem Wehrinteresse geopfert!

Noch in seiner Dissertation zum Recht der Kriegsdienstverweigerung hat Minister Dr. Geißler 1960 vor der wiederkehrenden Versuchung gewarnt, aus leicht gefunden Gründen



des Allgemeinwohls oder der Staatsraison das Gewissen des einzelnen Menschen zu mißachten. Dort hat er auch gesagt, daß der Zivildienst nicht länger als der Wehrdienst dauern dürfe, weil eine derartige Verlängerung sich auf die potentiellen Kriegsdienstverweigerer als relativ psychologischer Zwang auswirke, um damit die Freiheit der Gewissensentscheidung und des gewissenmäßigen Verhaltens beeinträchtigen würde, was ja schon nach Artikel 4 Absatz 3 GG verhindert werden soll. Wie gut es doch wäre, wenn sich Minister Dr. Geißler heute an die Maßstäbe erinnerte, die er 1960 für das politische Handeln als richtig erkannt hat.

Dieses Abrücken von Wertmaßstäben ohne überzeugende Erklärung, die durchsichtigen und zudem noch widersprüchlichen Begründungen für die "Reform" bewirken gerade das Gegenteil von dem, was heute Not tut. Die Enquete-Kommission "Jugendpolitik im demokratischen Staat" hat erst jüngst in ihrem Schlußbericht gefordert, Politik und Politiker müßten glaubwürdiger werden. Ich kann das nur unterstreichen. Die jüngste "Reform des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes" ist allerdings kein Beitrag für mehr Glaubwürdigkeit in Politik und bei Politikern.

Zu dieser verfassungsrechtlichen und jugendpolitischen Negativbilanz kommt noch die negative sozialpolitische Komponente der "Reform".

Die Arbeit mit und für hilfsbedürftige alte, kranke, behinderte Bürger kann ohne menschliche Zuwendung nicht erfolgreich sein. Das gilt auch für den sozialen Einsatz der Zivildienstleistenden, die vielfach pflegerische oder betreuende Tätigkeiten verrichten. Auch sie müssen für diese Aufgaben motiviert sein, bereit sein zu einem menschlichen Engagement. Die beabsichtigten gleichmacherischen Erschwernisse - wie generelle dienstliche Unterkunft und Heimatferne, Einplanung der Dienstpflichtigen ohne Zustimmung der Einsatzstelle und ohne Rücksicht auf die Neigung des Dienstpflichtigen - des Zivildienstes sind ungeachtet ihrer rechtlichen Problematik (Verstoß gegen die Verhältnismäßigkeit der Mittel) sozialpolitisch verfehlt, weil sie das soziale Engagement zerstören. Den Schaden tragen in erster Linie die hilfsbedürftigen Menschen, die nicht die an sich mögliche und notwendige Zuwendung erfahren. Schaden leiden aber auch die Träger der sozialen Arbeit sowie die jungen Menschen, in denen Verbitterung gegen den Staat und seine Institutionen wächst statt daß sie sich abbaut und einer positiven Einstellung gegenüber Staat und Gesellschaft Platz macht.

Mit Nachdruck warne ich deshalb vor den Folgen dieser Reform, die die bisherigen Probleme nicht löst, dafür aber noch neue schafft.

Korrektur tut deshalb not. Ich begrüße deshalb, daß Dr. Hans-Jochen Vogel für die ersten 100 Tage seiner Regierung die Vorlage eines neuen Gesetzes angekündigt hat, das die Gewissensprüfung vollständig abschafft und die jetzt vorgesehene Dauer des Zivildienstes auf das von der Verfassung wirklich gebotene Maß verkürzt. Ich füge hinzu, daß der Zivildienst weiter ein sozialer Friedensdienst bleiben muß, den alle Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen an und in dieser Gesellschaft zu leisten haben. Das ist kein Anschlag auf die Bundeswehr oder die Wehrpflicht, sondern das gebietet nur die Achtung des Grundrechts des Artikel 4 Absatz 3 GG. (-/16.2.1983/va-hc/ca)

+

+

+



"Investitionsboykott"

Drohung statt wirtschaftspolitisches Handeln

Von Heide Simonis MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Zynismus, mit dem die CDU-Politiker Dr. Stoltenberg, Biedenkopf, Albrecht und Zimmermann mit den Ängsten von Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen und insgesamt 2,5 Millionen Arbeitslosen spielen, wird nur noch von der Rücksichtslosigkeit übertroffen, mit der diese Ängste für den Wahlkampf eingesetzt werden. Der Jahreswirtschaftsbericht beweist nämlich ziemlich klar, daß die Regierung sehr wohl weiß, daß die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung für 1983 nicht gerade rosig oder gar abgesichert sind. Wahlnun oder her: Angesichts des hohen Exportanteils am Sozialprodukt wird klar, "daß in der Bundesrepublik Deutschland ohne eine Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft auf Dauer kaum ein befriedigendes gesamtwirtschaftliches Wachstum möglich ist" (so der Jahreswirtschaftsbericht der neuen Regierung). Nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministers geht der Rückgang des deutschen Brutto-sozialprodukts in den Jahren 1982 und 1983 zu 85 Prozent auf den Einbruch beim Export zurück!

Die einzige Antwort der Regierung auf diese dramatische Entwicklung ist eine pro-zyklische Abschöpfung von Massenkaufkraft bei kleinen und mittleren Einkommen, wodurch die heimische Nachfrage sinken muß. Was Wunder, wenn Unternehmer bei solchen Zukunftsaussichten mit ihren Investitionen vorsichtig sind, zumal auch für den Export keine Besserung zu erwarten ist.

Zunehmender Protektionismus bei vielen unserer Handelspartner, die Überschuldung vieler Empfängerländer, die schlechte wirtschaftliche Lage zum Beispiel in den USA und die unzureichende heimische Kaufkraft bewirken die alarmierende Zunahme der Arbeitslosenzahlen.

Um von ihrer falschen Politik abzulenken, machen führende CDU-Politiker der Öffentlichkeit weis, die deutschen Unternehmer würden - je nach Wahlausgang - mit Investitionsboykott antworten.

Vielleicht ist sich der eine oder andere Unternehmer nicht zu schade, sich für ein solches Spiel herzugeben, der direkte Protest der Mehrzahl der Unternehmer zeigt aber, daß Albrecht und Stoltenberg eine Angstkampagne gestartet haben, um den 6. März zu überstehen.
(-/16.2.1983/hf/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Hans Jochen Vogel hat zu den Thesen zur Friedenspolitik von Carl Friedrich von Weizsäcker folgende Bemerkungen verfaßt:

Unser oberstes Ziel ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens

1. Carl Friedrich von Weizsäcker, der sich mir als persönlicher Berater in Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik zur Verfügung gestellt hat, hat vor wenigen Tagen elf Thesen zur Friedenspolitik vorgelegt. Er vertritt darin im Grundsätzlichen Standpunkte, zu denen es keine unterschiedlichen Beurteilungen aus sozialdemokratischer Sicht gibt. In einigen besonderen Punkten hat die SPD andere Auffassungen oder setzt die Gewichte der Argumentation anders.

Ich habe Herrn von Weizsäcker gebeten, seine Thesen zur öffentlichen Erörterung zu stellen. Unser oberstes Ziel ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Wer dieses Ziel ernst nimmt, kann sich einspuriges Denken nicht leisten. Ich begrüße deshalb das große Interesse, mit dem die Thesen Carl Friedrich von Weizäckers aufgenommen worden sind.

2. Davon heben sich die Reaktionen von seiten der CDU/CSU in verblüffender Weise ab. Zuerst ließ die CDU erklären, die SPD habe mit der Vorlage der Thesen des persönlichen Beraters ihres Kanzlerkandidaten wieder einmal zur Verunsicherung des westlichen Lagers im Sinne der sowjetischen Politik beigetragen. Dann hörte man plötzlich, Herr von Weizsäcker stehe mit seinen Ansichten der Union eigentlich viel näher als der Sozialdemokratie.

Ich will diesem Verhalten nicht weiter nachgehen. Es ist symptomatisch für die inneren Widersprüche und die Unsicherheit der Union in sicherheitspolitischen Fragen. Es zeigt, wie wenig die CDU/CSU auf eine ernsthafte Erörterung der Friedens- und Sicherheitspolitik vorbereitet ist. Dies verleitet sie zu Polemik in schlichten, teils schlimmen Denkschablonen, mit denen der politisch Andersdenkende bekämpft wird, statt sich mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen.

3. Die im Westen stattfindende Erörterung der Verhandlungsziele in Genf, die es zuweilen den Verhandlungsführern schwerer macht, ist zugleich unsere Stärke. Es ist doch gerade auch die freie Meinungsäußerung, die wir mit unseren Waffen verteidigen. Niemand kann auch übersehen, daß die Friedensdiskussion die Grenzen zwischen Ost und Westen längst hinter sich gelassen hat. Und es ist nur natürlich, wenn sich die Deutschen an dieser Diskussion intensiv beteiligen. Es entspricht dem elementaren deutschen Interesse, daß von unserem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, mehr noch: daß von ihm Frieden ausgehen muß.
4. Herr Kohl hat am Vorabend seiner Reise in die Vereinigten Staaten gesagt, es gebe gar keine Friedensbewegung. Carl Friedrich von Weizsäcker hat ihm nun noch einmal bescheinigt, wie sehr er sich darin irrt. Es gibt diese Friedensbewegung, nicht nur bei uns, sondern sie wächst weltweit. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was die Anhänger dieser Bewegung sagen. Manches ist einseitig und auch ungerecht. Aber Politiker in der Verantwortung, die sich um den Frieden bemühen, sollten diese Bewegung nicht als Gegner ansehen, sondern als, wenn auch mitunter unbequem, manchmal auch die Grenze zwischen Wunsch und Wirklichkeit überschreitenden Bundesgenossen.
5. Herr Strauß hat auf der internationalen Wehrkundetagung in München die Ansicht vertreten, man solle die deutsche Bevölkerung schon jetzt psychologisch auf die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zum Ende des Jahres vorbereiten. Dies kann nur als Aufkündigung des Verhandlungsteils des NATO-Doppelbeschlusses verstanden werden, den der CSU-Vorsitzende schon einmal als dessen "Geburtsfehler" bezeichnet hat. Wer aber das im deutschen Interesse liegende Ziel, eine Raketenstationierung überflüssig zu machen, jetzt ohne Not aufgibt, der reißt tiefe Gräben in unserem Volk auf. Der gefährdet den inneren Frieden. Carl Friedrich von Weizäckers Befürchtungen über die Belastungsprobe, die da auf uns zukommen würde, sind eine unüberhörbare Mahnung. Kein verantwortlicher Politiker wird sie ohne nachzudenken oder gar in einer Anwendung autoritärer Allüren vom Tisch wischen.
6. Carl Friedrich von Weizsäcker sieht es aus seinen Kenntnissen, Erfahrungen und Einschätzungen als seine Pflicht an, vor der Möglichkeit, ja, vor der nach seiner An-

sicht existierender Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Krieges zwischen den Weltmächten zu warnen. Nur wenn die äußersten Anstrengungen unternommen würden, könne man die Katastrophe vielleicht vermeiden. Eindringlicher läßt sich die Notwendigkeit nicht beschreiben, die Verhandlungsführung in Genf nicht nur mit Kopfnicken zu begleiten, wie es die amtierende Bundesregierung tut, sondern das Menschenmögliche zu unternehmen, damit es bei den Mittelstreckenraketen-Verhandlungen zu einer einvernehmlichen Regelung zwischen den beiden Großmächten kommt.

7. Ein Erfolg der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen ist unerlässlich, sagt Carl-Friedrich von Weizsäcker. Das gilt insbesondere vor diesem Zeithorizont: Um noch vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Ende 1984 ratifiziert werden zu können, muß ein Abkommen in Genf spätestens zwischen Dezember dieses und den ersten Monaten des nächsten Jahres unterschrieben werden; wenn das nicht gelänge, ergäbe sich eine völlig ungewisse Lage für die Fortsetzung der Verhandlungen. Das ist ein Grund mehr, auf ein Ergebnis im Herbst 1983 zu drängen, das von der Sache her nach meiner Meinung auch erreichbar ist, wenn beide Seiten mit dem ernsthaften Willen, zu einer Verständigung zu kommen, verhandeln. Deshalb habe ich die konstruktiven Elemente in dem jüngsten sowjetischen Vorschlag begrüßt und die amerikanische Regierung aufgefordert, darauf mit einem konstruktiven, weiterführenden Gegenvorschlag zu antworten.
8. Weil die Null-Null-Lösung nach inzwischen allgemeiner Einschätzung nicht erreichbar ist, so wünschenswert sie wäre, - eine Einschätzung übrigens, der sich Herr Kohl nur schwankend nähert - plädiert Carl Friedrich von Weizsäcker als zweitbestes für einen Vertragsabschluß, der die beiderseitigen Mittelstreckenraketen numerisch begrenzt und einen qualitativen Rüstungswettlauf in diesem Bereich ausschließt. Das ist eine klare Absage an eine "Zwischenlösung", die ohne konkrete Verständigung in Genf von einer automatischen, wenn auch möglicherweise zahlenmäßig reduzierten Stationierung ausgeht. Eine solche automatische "Zwischenlösung" wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Auftakt zu einer qualitativ neuen Runde des Wettrüstens.
9. Carl Friedrich von Weizsäcker plädiert statt dessen für eine Umorientierung der westlichen Verhandlungsposition. Es könne sein, daß dies eine Fusion der beiden Genfer Verhandlungen INF und START nötig machen würde. Diese Überlegung wird auch in den Vereinigten Staaten von Amerika intensiv erörtert, und zwar unter dem Gesichtspunkt einer radikalen Reduzierung nuklearer Waffen der Sowjetunion, unter Verzicht auf die Stationierung neuer amerikanischer Waffen in Europa, bei Überleitung des Mittelstreckenthemas in die START-Verhandlungen, bei denen die Existenz der französischen und britischen Potentiale ergebende Problematik leichter bewältigt werden könnte. Das SPD-Präsidium hat die Bundesregierung bereits aufgefordert, diesen Gedanken zur Überwindung des Stillstandes bei den Genfer INF-Verhandlungen ebenfalls zu prüfen und gegebenenfalls durch eigene Vorschläge mitzuhelfen, die Genfer Verhandlungen in Bewegung und zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Die Bundesregierung hat diese, im deutschen Interesse liegende Pflicht zu eigenem Handeln bisher vernachlässigt.
10. Carl Friedrich von Weizsäcker will den Begriff des Gleichgewichts, der insbesondere der Mißdeutung unterliegt, es handele sich um numerische Gleichheit von Waffen auf beiden Seiten, durch den Begriff der Stabilität ersetzen. Dies ist ein positiver Ansatz. Angewendet auf das System der heute bestehenden Abschreckung kann man bei den interkontinentalen Waffen wohl von einer verlässlichen Stabilität sprechen. Je kleiner, genauer, wirkungsbegrenzter diese Waffen werden, um so mehr könnte die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes steigen. Herr von Weizsäcker unterstreicht, daß er im bestehenden System nichts Besseres anbieten, aber an die permanente Stabilität dieses Systems nicht zu glauben vermag.

In der SPD führt dieselbe Analyse zu der Forderung, über ein konventionelles Gleichgewicht zwischen Nato und Warschauer Vertrag nachzudenken. Es hat langen Drängens bedurft, ehe sich die Sowjetunion bereit erklärt hat, mit diesem Ziel zu verhandeln. Dies muß nun genutzt werden. Dabei sollte sich die westliche Diskussion nicht daran verhasen, daß dies in jedem Fall eine konventionelle Aufrüstung unter riesigen finanziellen, nicht tragbaren Opfern bedeuten würde. Auch konventionelles Gleichgewicht kann und sollte auf niedrigerem Niveau als dem heutigen des Warschauer Vertrages angestrebt werden.

(-/16.2.1983/vo-he/oa)

